

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/054(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Mittwoch,  14.05.2014	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:45Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.04.2014
- 4 Polizeiliche Kriminalstatistik 2013 und Unfallstatistik 2013 für die Stadt Magdeburg
- 5 Straßenbenennung "Karen-Fredersdorf-Straße" DS0109/14
- 6 Straßenbenennung "Zur Pferdekoppel" DS0154/14
- 7 Benutzungs- und Entgeltordnung Sozio-Kulturelles Zentrum der Ortschaft Beyendorf-Sohlen DS0059/14

7.1	Benutzungs- und Entgeltordnung Sozio-Kulturelles Zentrum der Ortschaft Beyendorf-Sohlen	DS0059/14/1
8	2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0122/14
9	Neufassung der Satzung des Beirates für Integration und Migration	DS0139/14
10	Verlängerung der Geltungsdauer der Stellplatzablösesatzung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0146/14
11	Verfassungsbeschwerde gegen das Landeswassergesetz 2013	DS0171/14
12	Technischer Hochwasserschutz und Maßnahmeplan	I0087/14
13	Jahresbericht - 2013 der AG "Graffiti" des Kriminalpräventiven Beirates	I0117/14
14	E-Petitionen/Online-Petitionen auf <a href="http://www.magdeburg.de">www.magdeburg.de</a>	A0028/14
14.1	E-Petitionen/Online-Petitionen auf <a href="http://www.magdeburg.de">www.magdeburg.de</a>	S0118/14
15	Ortsschilder an Fernradwegen	A0036/14
15.1	Ortsschilder an Fernradwegen	S0101/14
16	Ehrung Abtshof	A0053/14
16.1	Ehrung Abtshof	S0099/14
17	Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg	A0054/14
17.1	Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg	S0096/14
18	Verschiedenes	

**Nichtöffentliche Sitzung**

Nichtöffentliche Sitzung

19	Vergleich in dem Verwaltungsrechtsstreit zum Aktenzeichen VG 29 K 168.12 Landeshauptstadt Magdeburg gegen Bundesamt für Zentrale Dienste und Offene Vermögensangelegenheiten	DS0099/14
20	Vergabe einer Konzession zur Leistungserbringung im Rettungsdienst	DS0152/14
21	Ehrung gemäß Ehrenbürgersatzung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0175/14
22	Verschiedenes	

Anwesend:**Vorsitzende/r**

Meister, Olaf

**Mitglieder des Gremiums**

Hoffmann, Martin

Hoffmann, Michael

Fassl, Josef

**Vertreter**

Schumann, Carola

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sorge, Tino

**Geschäftsführung**

Becker, Britta

Abwesend:**Mitglieder des Gremiums**

Rohrßen, Martin

Szydzick, Claudia

Boeck, Helga

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bahrs, Ronald

Krausnick, Steffen

## Öffentliche Sitzung

### Öffentliche Sitzung

---

#### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

#### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**Der Vorsitzende** informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass es zum TOP 7 noch einen Änderungsantrag gibt. Er schlägt vor, diesen Änderungsantrag unter TOP 7.1 zu behandeln.

Die ergänzte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

#### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.04.2014

---

Über die Niederschrift der Sitzung vom 17.04.2014 wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

#### 4. Polizeiliche Kriminalstatistik 2013 und Unfallstatistik 2013 für die Stadt Magdeburg

---

**Herr Fricke** vom Polizeirevier Magdeburg stellt die Kriminalstatistik 2013 vor. Er informiert, dass es sich bei dieser Statistik um eine Tatortstatistik handelt.

**Herr Platz** schlägt vor, dass der Fachbereich Ordnungsdienst dem Ausschuss über die Arbeit des Kriminalpräventiven Beirates berichtet. Dies sollte nach der Sommerpause erfolgen.

**Herr Wondrak** ebenfalls vom Polizeirevier Magdeburg stellt die Unfallstatistik 2013 vor.

Sowohl die Kriminalstatistik 2013 sowie die Unfallstatistik werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**Herr Spirgatis**, FB 62, bringt die Drucksache ein.

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Herr Spirgatis**, FB 62, bringt die Drucksache ein.

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Herr Ruddies**, BOB, bringt die Drucksache ein. Er führt aus, dass das alte Gebäude aufgegeben wurde. Dementsprechend wird für das neue Gebäude eine neue Entgelt- und Benutzungsordnung benötigt. Zum Änderungsantrag des Ortschaftsrates führt er aus, dass die Verwaltung die vorgeschlagenen Änderungen zum § 1 Punkt 1 + 2 nicht mittragen kann. Der Punkt 3 kann von der Verwaltung mitgetragen werden. Die Änderung zum § 2 lehnt die Verwaltung grundsätzlich ab. Die Anlage 2 zum Änderungsantrag hält die Verwaltung für unstrittig.

**Herr Prof. Dr. Tiedge**, Ortschaftsrat Beyendorf/Sohlen, macht Ausführungen zum Änderungsantrag.

**Herr Ruddies** bittet den Ausschuss darum, an der Formulierung des § 2 festzuhalten. Zum § 1 schlägt er vor, die Formulierung zur vorgeschlagenen Änderung des Ortschaftsrates zur Kenntnis zu nehmen, aber nicht in die Satzung zu übernehmen. Er informiert weiterhin, dass die wesentlichen Nutzungsverträge bereits nach dem 05.07.2012 überarbeitet wurden.

**Frau Schumann** fragt nach, ob im Vorfeld der Drucksache die Wünsche des Ortschaftsrates bereits bekannt waren oder kamen diese Punkte erst jetzt zur Sprache.

**Herr Ruddies** legt dar, dass seit über 2 Jahren Gespräche zwischen der Verwaltung und dem Ortschaftsrat stattfinden. Die Sache soll nun endlich zum Abschluss gebracht werden. Es handelt sich hier um einen kurzen Satzungstext, der mit dem Rechtsamt abgestimmt wurde. Der Änderungsantrag kam nach der Erarbeitung der Drucksache.

**Herr Meister** führt aus, dass sich der Punkt 1 und 4 des Änderungsantrages sehr ähnlich sind. Er hält den Punkt 1 für verzichtbar. Zu den vorgeschlagenen Änderungen im § 1 folgt er den Ausführungen der Verwaltung. Wenn der § 2 bereits in der alten

Satzung enthalten war, warum soll er nicht in der neuen Satzung enthalten sein.

**Herr Ruddies** informiert, dass die Verwaltung grundsätzlich der vorgeschlagenen Nutzung durch den Ortschaftsrat folgt.

**Herr Prof. Dr. Tiedge** erläutert, dass sich der § 2 auf die dauerhafte Vermietung bezieht. Er schlägt vor, dass Wort „vorrangig“ aus der Satzung zu streichen.

**Herr Marske** legt dar, dass dies vorrangig eine Verwaltungsentscheidung und keine politische Entscheidung ist. Die Verwaltung bewegt sich hier auf einem schmalen Grad. Der Ortschaftsrat sollte die Formulierung so belassen.

**Herr Keller**, Amt 30, unterstreicht die Ausführungen von Herrn Marske. Die Änderungsformulierung sollte abgelehnt werden.

**Herr Fassl** ist der Meinung, wer sollte entscheiden, wenn nicht der Ortschaftsrat.

Hierzu führt **Herr Marske** aus, dass diese Entscheidung dem Oberbürgermeister obliegt.

**Herr Ruddies** legt dar, dass der Oberbürgermeister in diesem Fall der Eigenbetrieb Kommunales Gebäudemanagement bedeutet. Die Verwaltung hat nach Recht und Gesetz zu handeln.

**Herr Keller**, Amt 30, informiert, dass die Landeshauptstadt Magdeburg die Verantwortung trägt. Im Klagefall ist die Landeshauptstadt Magdeburg Beteiligte und nicht der Ortschaftsrat, deshalb soll die Formulierung so belassen werden.

**Herr Meister** stellt den Änderungsantrag, das Wort „vorrangig“ im § 2 Absatz 2 zu streichen. Dafür fällt der Vorschlag des Ortschaftsrates weg.

#### Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

#### Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten stellt folgenden Änderungsantrag:

1. In § 1 Absatz 1 werden im dritten Abschnitt die Sätze 3 und 4 des Abschnitts gestrichen und durch folgenden Text ersetzt: „E3 (E4) kann gemeinschaftlich durch Ortschaftsrat/Ortsbürgermeister, durch die Verwaltung, durch gemeinnützige Vereine zu satzungsmäßigen Zwecken im Sinne des Widmungszweckes des Sozio-Kulturellen Zentrums Beyendorf-Sohlen genutzt werden. Ebenso stehen die Räume E 6, E 7, K 3, K 4, K 5, K 6 für eine solche gemeinschaftliche Nutzung zur Verfügung.“

Die Räume K 6, K 5 können für Veranstaltungen Dritter vermietet werden.

2. In § 2 Absatz 2 wird das Wort „vorrangig“ gestrichen.
3. Die Anlage 2 wird durch die Neufassung der Anlage 2 des Änderungsantrages DS0059/14/1 ersetzt.

Abstimmungsergebnis zur Drucksache in geänderter Form:

4 Ja-Stimmen  
 0 Nein-Stimmen  
 0 Enthaltungen

7.1.	Benutzungs- und Entgeltordnung Sozio-Kulturelles Zentrum der Ortschaft Beyendorf-Sohlen	DS0059/14/1
------	---	-------------

---

Über den Änderungsantrag des Ortschaftsrates wird wie folgt abgestimmt:

Der Punkt 1 des Änderungsantrages wird gestrichen.

Über den Punkt 2 wird wie folgt einzeln abgestimmt:

- **Mit dieser Satzung erfolgt eine Fortschreibung und Ergänzung ...**

0 Ja-Stimmen  
 2 Nein-Stimmen  
 2 Enthaltungen

- **Die seit 05.07.2012 ...**

0 Ja-Stimmen  
 4 Nein-Stimmen  
 0 Enthaltungen

- **E3(E4) kann gemeinschaftlich ...**

4 Ja-Stimmen  
 0 Nein-Stimmen  
 0 Enthaltungen

Bei dem Punkt 3 des Änderungsantrages wird über den Änderungsantrag von Herr Meister abgestimmt.

4 Ja-Stimmen  
 0 Nein-Stimmen  
 0 Enthaltungen

Punkt 4

4 Ja-Stimmen  
 0 Nein-Stimmen  
 0 Enthaltungen

**Frau Steglitz**, Amt 37, bringt die Drucksache ein. Hintergrund der Änderungssatzung ist das neue Rettungsdienstgesetz. Die Verwaltung kommt mit den gegenwärtigen Kosten nicht aus. Um die Defizite auszugleichen, macht sich eine Erhöhung der Gebühren erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Herr Dr. Gottschalk**, Dez. V/02, bringt die Drucksache ein. Die vorliegende Drucksache resultiert aus dem Antrag A0137/13/1 und der Stellungnahme S0038/14.

**Herr Fassl** fragt nach, ob die Änderungswünsche von der Verwaltung oder des Beirates sind.

**Herr Dr. Gottschalk** äußert, dass die Änderungswünsche von der Verwaltung sind.

**Herr Meister** fragt zum § 2 Abs. 1 nach, weshalb hier eine Aufforderung erfolgen muss.

**Herr Dr. Gottschalk** legt dar, dass in der Begründung zur Drucksache darauf Bezug genommen wird.

**Herr Keller**, Amt 30, informiert, dass das Rechtsamt bei der Erarbeitung der Drucksache mitgewirkt hat. Der Beirat ist kein selbständiges Gremium. Es arbeitet lediglich für die Verwaltung bzw. dem Stadtrat zu.

**Herr Michael Hoffmann** äußert, dass in der Präambel auf die Gemeindeordnung Bezug genommen wird. Diese soll am 15.05.2014 im Landtag geändert werden, daher müsste die Präambel nochmals geändert werden und die Drucksache erneut beschlossen werden.

**Herr Keller** sieht dies nicht als problematisch an. Die Präambel kann auch nach der Beschlussfassung im Stadtrat geändert werden.

**Herr Meister** fragt nach, weshalb lt. § 2 Abs.1 Nr. 2 Stellungnahmen im Eilvernehmen mit dem Oberbürgermeister erfolgen müssen. Er plädiert dafür den Passus „im Eilvernehmen mit dem Oberbürgermeister“ zu streichen.

**Frau Schumann** spricht sich ebenfalls für die Streichung aus.

**Herr Michael Hoffmann** spricht sich für den Erhalt des Passus aus.

**Herr Fassl** findet es schade, dass keine Stellungnahme des Beirates vorliegt und dass kein Vertreter an der Sitzung teilnimmt.

**Herr Keller** informiert, dass er im Vorfeld mehrere Male mit Herrn Coulibaly gesprochen hat. Der Beirat wurde bei der Erarbeitung der Drucksache beteiligt.

**Herr Dr. Gottschalk** legt dar, dass die Änderungsvorschläge an alle Mitglieder des Beirates mit Fristsetzung versandt wurden. Es kam keine Rückinformation an die Verwaltung. Es gab am 13.05.2014 ein nochmaliges Gespräch mit dem Beirat. Am 21.05.2014 wird die Drucksache im Gesundheits- und Sozialausschuss behandelt, wo ein Vertreter des Beirates anwesend sein wird.

**Herr Meister** stellt den Änderungsantrag im § 2 Abs.1 Nr. 2 den Wortlaut „im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zur Drucksache:

2 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung

10.	Verlängerung der Geltungsdauer der Stellplatzablösesatzung der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0146/14
-----	--	-----------

---

**Herr Schneider**, Amt 61, bringt die Drucksache ein. Er erläutert, dass außer dem Datum der Laufzeit nichts geändert wurde. Nach Ablauf der Sitzung sollen die Stellplatzsatzung und die Stellplatzablösesatzung zu einer Sitzung zusammengeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

11.	Verfassungsbeschwerde gegen das Landeswassergesetz 2013	DS0171/14
-----	---	-----------

---

**Herr Marske** gibt ausführliche Informationen zur vorliegenden Drucksache der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

12. Technischer Hochwasserschutz und Maßnahmeplan I0087/14

---

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information I0087/14 zur Kenntnis.

13. Jahresbericht - 2013 der AG "Graffiti" des Kriminalpräventiven Beirates I0117/14

---

Der Ausschuss nimmt die Information I0117/14 zur Kenntnis.

14. E-Petitionen/Online-Petitionen auf www.magdeburg.de A0028/14

---

**Frau Mengewein**, FB 32, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung.

**Herr Michael Hoffmann** stellt sich die Frage, ob die Sache überhaupt sinnvoll ist. Er schlägt vor, dass der neue Stadtrat sich mit der Sache beschäftigt, da im Bedarfsfall die Geschäftsordnung geändert werden muss. Er sieht momentan keine Erforderlichkeit.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

14.1. E-Petitionen/Online-Petitionen auf www.magdeburg.de S0118/14

---

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

15. Ortsschilder an Fernradwegen A0036/14

---

**Herr Meister** bringt den Antrag für die einbringende Fraktion ein.

**Herr Grensemann**, Dez. III, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung hat sich an den Wortlaut des Antragstextes gehalten. Demnach bleibt nur der Elberadweg über.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

15.1. Ortsschilder an Fernradwegen S0101/14

---

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

16. Ehrung Abtshof

A0053/14

**Herr Spirgatis**, FB 62, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung sieht die Benennung als kritisch an. Die Straßenbenennung nach einem Unternehmen ist sehr kritisch.

**Herr Meister** schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung an. Er stimmt gegen den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

16.1. Ehrung Abtshof

S0099/14

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

17. Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg

A0054/14

**Frau Jeanvre** macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung hat Kontakt mit der Stadt Gera aufgenommen. Nach einem Ausbildungsgang wurde die Sache wieder eingestellt. Die Stadt Magdeburg hat auch kein Personal, um die Ausbildung durchführen zu können.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

17.1. Ausbildungskooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg

S0096/14

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

## 18. Verschiedenes

---

Es wurde kein Thema unter dem Punkt Verschiedenes angesprochen.

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

**Nichtöffentliche Sitzung**

---

Nichtöffentliche Sitzung

---

19. Vergleich in dem Verwaltungsrechtsstreit zum Aktenzeichen VG DS0099/14  
29 K 168.12 Landeshauptstadt Magdeburg gegen Bundesamt  
für Zentrale Dienste und Offene Vermögensangelegenheiten

---

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

20. Vergabe einer Konzession zur Leistungserbringung im DS0152/14  
Rettungsdienst

---

**Herr Derlath**, Amt 37, führt in die Drucksache ein und gibt den Ausschussmitgliedern umfängliche Informationen. Er legt dar, dass es in der Drucksache um reine Konzessionen für den Zeitraum von 6 Jahren geht, mit einer Verlängerungsoption auf weitere 6 Jahre.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Frau Dr. Ignatuschtschenko**, BOB, bringt die Drucksache der Verwaltung ein.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister  
Vorsitzender

gez. Britta Becker  
Schriftführerin